

A) TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

gemäß § 9 Abs. 1 und 2 Bundesbaugesetz (BBauG) i.d.F. der Bekanntmachung v. 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256), zuletzt geändert durch Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebau v. 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung v. 15.09.1977 (BGBl. I S. 1763) und gemäß § 9 Abs. 4 BBauG i.V.m. § 124, 129 Abs. 4 Landesbauordnung von Rheinland-Pfalz v. 27.02.1974 (GVBl. S. 53)

Es gelten die textlichen Festsetzungen und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes "Nord", genehmigt mit Verfügung der Kreisverwaltung Ludwigshafen v. 04.04.1977 Az. 64/610-07 Fußgönheim 15, i.d.F. der 1. Änderung v. 26.10.1978, genehmigt mit VfG. der Kreisverw. Ludwigshafen v. 09.01.1979, Az. 63-610-07 Fußgönheim

B) BEGRÜNDUNG








15 a.

gemäß § 9 Abs. 8 Bundesbaugesetz

Das im Bebauungsplan "Nord" Fußgönheim am Buchenweg gelegene Grundstück Flurstück Nr. 1699/9 hat eine Größe von 954 m² und ist somit das größte Baugrundstück im Plangebiet. Nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes wäre hier nur ein Einzelhaus zulässig. Eine solche Bauweise, bezogen auf die Grundstücksgröße, entspricht angesichts der stark gestiegenen Baulandpreise nicht mehr den heutigen Vorstellungen von einer zweckmäßigen Nutzung des Grund und Bodens. Bereits § 1 Abs. 6 BBauG stellt die Forderung auf, daß die Bauleitpläne "eine dem Wohle der Allgemeinheit entsprechende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten" sollen; § 45 Abs. 1 BBauG spricht davon, daß durch die Umlegung "... nach Lage, Form und Größe für die bauliche oder sonstige Nutzung zweckmäßig gestaltete Grundstücke entstehen" sollen. Diese Grundsätze waren maßgebend für eine Planänderung, durch welche eine Doppelhausbebauung und damit bessere Grundstücksausnutzung herbeigeführt werden soll. Der Grundstückseigentümer ist mit der Planänderung einverstanden. Zur Durchführung des Änderungsplanes wird eine Grundstücksteilung erforderlich.

C) ZEICHENERKLÄRUNG

gemäß § 2 Abs. 8 Ziffer 5 BBauG i.V.m. der Planzeichenverordnung vom 30.07.1981 (BGBl. I S.833)

	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Änderungsplanes
	Baugrenze
	Grundstücksgrenzen vorhanden
	Grundstücksgrenze geplant
Ga	Garage
WR	Reines Wohngebiet
	Offene Bauweise
	Nur Doppelhäuser zulässig
	Zahl der Vollgeschosse
+D	Dachgeschoßausbau als anrechenbares Vollgeschoß zulässig
GRZ	Grundflächenzahl
GFZ	Geschoßflächenzahl

als Höchstgrenze unter Beachtung der überbaubaren Grundstücksfläche